



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/64 - 17.3.53

Hinweise  
auf den Inhalt

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

Zur bevorstehenden Vertragsdebatte	S. 1
Ungesühnter Mord an Gewerkschaftsführer	S. 3
Um die Neugliederung des Bundesgebietes	S. 4
Paul Frölich gestorben	S. 6

## Dritte Lesung ohne Entscheidung

(sp) Am Donnerstag oder Freitag wird die 3. Lesung der seit etwa zweieinhalb Jahren öffentlich und seit dem Juli vorigen Jahres parlamentarisch diskutierten Westverträge, des Generalvertrages und des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, stattfinden. Das Ergebnis ist kaum zweifelhaft, eine Mehrheit des Bundestages wird die Verträge annehmen. Aber damit wird der Kampf um die sachliche Entscheidung über das endgültige Inkrafttreten noch nicht beendet sein, in Deutschland nicht und auch nicht international.

Der Bundeskanzler will, wenn er demnächst nach den USA fährt, die Annahme durch den Bundestag als Beweis des guten Willens seiner Regierung mitnehmen - als ob es dessen nach den vergangenen Jahren im Umgang mit Washington noch bedürfte. Dies ist im Grunde die einzige Erklärung, die er auf die Frage geben kann, weshalb er in der gegenwärtig so unsicher gewordenen internationalen Vertragssituation auf die schnellste parlamentarische Erledigung drängt. Er will in Washington als Vorzugsschüler, als "bester Europäer" erscheinen, wie der dem Quai d'Orsay nahestehende "Monde" schreibt, dessen Verärgerung von weiten französischen Kreisen geteilt wird.

Das neue Haupthindernis, das die deutsche Regierung und den Bundestag hätte veranlassen sollen, die 3. Lesung zu vertagen, sind vor allem die unerledigten französischen Zusatzprotokolle.

Es besteht bei Vertretern aller fünf übrigen Staaten im Pariser Lenkungsausschuß zunächst die Ansicht, daß diese Zusatzwünsche den Inhalt des eigentlichen Vertragswerkes in wesentlichen Punkten berühren bzw. korrigieren. Bei der deutschen Regierung ist man aber, wie man hört, einmütig der Ansicht, daß die Ratifizierung, die natürlich nicht identisch ist mit der Annahme in der 3. Lesung, ganz unabhängig von der Frage der Zusatzprotokolle zu behandeln sei und daß eine Zustimmung zu den Verträgen in keiner Weise eine vorherige Annahme auch der Zusätze bedeute. Es ist aber auch möglich, daß, wenn man sich schließlich doch bei den übrigen Partnern im Lenkungsausschuß dahin einigen sollte, es handele sich bei den Protokollen lediglich um Interpretationen und nicht um substantielle Änderungen des Vertrages über die EVG, die vorher gegebene deutsche Zustimmung zum Vertrag auch als Zustimmung zu den Zusätzen gewertet wird und man etwaige ergänzende und einschränkende deutsche Feststellungen zu den französischen Sonderwünschen, die man neben dem eigentlichen Vertrag beschließen könnte, nicht anerkannt werde.

Eine interne deutsche Angelegenheit ist die Frage nach dem Verhalten des Bundesrates, auf die hier im einzelnen nicht eingegangen werden soll. Sicher ist nur nach den bisher bekanntgewordenen Äußerungen, daß dieser nicht die Absicht hat, sich überfahren zu lassen und vollen Anspruch auf die Wahrnehmung seiner verfassungsmäßigen Rechte erhebt. Im übrigen wird die Sozialdemokratische Partei, wie schon mehrfach mitgeteilt, sich nach der Annahme der Verträge im Bundestag mit einer Normenkontrollklage an das Bundesverfassungsgericht wenden, um die bisher unbeantwortete Frage der Verfassungsmäßigkeit der Verträge zu klären. Davon abgesehen ist auch heute noch der Weg über ein gemeinsames Gutachten von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat gangbar, wenn auch weniger wahrscheinlich.

Die 3. Lesung im Bundestag wird also, auch wenn sie von der Regierung und den ihr nahestehenden Kreisen mit großem publizistischem Aufwand kommentiert und gefeiert werden sollte, in der Sache selbst keine Entscheidung bringen. Die internationale Entwicklung ist heute bereits weit über das Stadium einer Auseinandersetzung über die Einigung Europas ausschließlich im Integrationsverfahren, sowie es bisher vorgesehen ist, hinweggegangen. Das haben viele internationale Gespräche und gerade in den letzten Tagen Stimmen aus allen beteiligten oder interessierten Ländern, darunter sehr gewichtige auch aus den USA, erkennen lassen.

Den Mördern geht es gut ...

P.H. - Brüssel

Vor mehr als drei Monaten, am 5. Dezember 1952, wurde der tunesische Gewerkschaftsführer Farhat Hached, der die tunesischen Arbeitnehmer aus den Klauen der französisch-kommunistischen CGT gerissen und einen freien, unabhängigen Gewerkschaftsbund von 60000 tunesischen Arbeitern aufgebaut hatte, ermordet. In diesen drei Monaten hat die französische Polizei in Tunis schwer gearbeitet. Gewerkschaftsfunktionäre sind verhaftet und enthaftet worden, "Nationalisten" wurden unter der Beschuldigung von Attentaten festgenommen. Nur von einem hört man nichts: Davon, daß man die Mörder Farhat Hacheds gefunden hätte, zum mindesten die Verdächtigen.

Die Polizei hat kein Interesse daran mit dem französischen Rechtsanwalt, den sich die Witwe Farhat Hacheds nahm, um ihrerseits zur Verfolgung der Mörder beizutragen, zusammen zu arbeiten, Hinweise und Zeugen, die er nannte, wurden nicht beachtet oder nicht vernommen. Zugegeben, es ist leichter, im besetzten Deutschland Warnungsplakate gegen die Menschenhändler der Fremdenlegion abzureißen und Jungsozialisten zu verhaften. Aber mit einem bißchen guten Willen sollte es auch in Tunis möglich sein, in drei Monaten wenigstens ein erstes Resultat vorzulegen. Oder sollte es wahr sein, was man sich in der Kasbah in Tunis zuflüstert, daß man die Mörder deswegen nicht verhaften kann, weil man weiß, wer sie sind?

Der Eindruck, daß die französischen Behörden in Tunis lebhafter daran denken, daß mit Farhat Hached ein unbequemer Mann weg ist, als daß hier ein Verbrechen begangen wurde, das für die sowieso französische Kolonialpolitik einen neuen Schandfleck bedeutet, wenn man nicht die Verbrecher ihrer gerechten Strafe zuführt, ist nicht zu verwischen. Auch den beiden Abgesandten des Internationalen Freien Gewerkschaftsbundes, einem holländischen und einem belgischen Gewerkschafter, die sogleich nach dem Attentat nach Tunis entsandt wurden, um ihrerseits die Ereignisse an Ort und Stelle zu untersuchen, hatten nicht den Eindruck, daß man alles einsetze, um die Mörder Farhat Hacheds festzustellen. Sehr viel wichtiger schien den französischen

Behörden, die Führerlosigkeit der tunesischen Gewerkschaft auszunutzen, um ihre Organisation weiter in Verwirrung zu bringen und einen großangelegten Versuch zu unternehmen, sie zu korrumpieren.

Die Welt sollte sich diese Tricks einer reaktionären und auf ihre Macht pochenden Kolonialpolitik nicht bieten lassen. Sie sollte nicht nur jetzt, drei Monate nach dem Attentat, sondern auch nach sechs und zwölf und länger hinaus immer wieder die Frage stellen, laut und anklagend: Wer mordete Farhat Hached? Und die zweite: Warum findet man die Mörder nicht? Es ist eine Schamlosigkeit sondergleichen, daß zwar die Anhänger des Ermordeten verfolgt werden, die Mörder es sich jedoch gut gehen lassen können.

+ + +

#### Unsichere Fundamente für die Neugliederung

##### Artikel 29 GG ist schwer zu verwirklichen

d.g. Zu den großen Erwartungen, die 1949 bei der Verkündung des Grundgesetzes erweckt wurden, gehörten seinerzeit u.a. die Artikel 3 (Gleichberechtigung der Geschlechter), 15 (Überführung der Grundstoffindustrien in Gemeineigentum) und 29 (Neugliederung des Bundesgebietes). Die Legislaturperiode der gegenwärtigen Bundesregierung wird zu Ende gehen, ohne daß einem der angeführten Artikel Rechnung getragen worden ist.

Zum Unterschied zu Artikel 3 und 15 war die Definition des Gesetzgebers zu Artikel 29 problematisch. Das Bundesgebiet soll neugegliedert werden unter Berücksichtigung der "landsmannschaftlichen Verbundenheit, der geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge", andererseits aber auch "der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit und des sozialen Gefüges". Hier sind also statische und dynamische Elemente gleichwertig nebeneinander gestellt worden und machen das Suchen nach einer Ausgangsbasis schwierig, ganz abgesehen davon, daß Begriffe wie "landsmannschaftliche Verbundenheit" dehnbar und umstritten sind. Besonders der noch ungelöste Bevölkerungsausgleich, die andauernde Binnenwanderung in Westdeutschland und der seit einem halben Jahr anhaltende Flüchtlingsstrom aus der Sowjetzone machen es unmöglich, mit

den vor mehr als vier Jahren erarbeiteten Begriffen feste Anhaltspunkte zu gewinnen.

Ähnlich erging es dem vom Bundesinnenministerium berufenen Sachverständigenausschuß für die Neugliederung des Bundesgebietes unter Vorsitz von Reichskanzler a.D. Dr. Luther. Vor ihm wies der Direktor des Raumforschungsinstitutes, Dr. habil. E. Dittrich auch auf die Tatsache hin, daß unser labiles wirtschaftliches und soziales Gefüge aufgrund von internationalen Entwicklungen bald eine neue Durchmusterung der "wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit" erfordern könnte, ganz zu schweigen von der Frage, was unter dem Gesichtspunkte der deutschen Wiedervereinigung heute wirtschaftlich zweckmäßig ist.

Dr. Dittrich hat nach den Erfordernissen der Zeit und ihren wirtschaftlichen Notwendigkeiten große regionale Zweckverbände vorgeschlagen, wobei der von Preußen 1920 geschaffene Ruhrsiedlungsverband als Vorbild dient. Ursprünglich zur Steigerung der Kohlenförderung und Ansiedlung von 150.000 Kumpeln geschaffen, hat er sich zu einem von der holländischen Grenze bis zur Ostgrenze des Kreises Hamm reichenden Zweckverband entwickelt, dem weitgehend hochtitliche Aufgaben übertragen wurden. Ansatzpunkte für ähnliche Zusammenschlüsse sieht die Raumforschung in der bereits bestehenden "Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Rhein-Neckar", eine Gemeinschaft von Stadt- und Landkreisen um den Kern Heidelberg-Mannheim-Ludwigshafen, welche Gebiete der drei Länder Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen zusammenführt, um gemeinsame Wirtschaftsprobleme zu lösen. Die Möglichkeit großer Zweckverbände wird auch für den Rhein-Main-Raum und das niedersächsische Gebiet von Braunschweig, Hildesheim, Goslar, mit den Ausläufern Peine, Salzgitter und Wolfsburg bejaht.

So ist im Augenblick die Frage der Neugliederung des Bundes, die eine politische Entscheidung ist, zum Diskussionsgegenstand der Wissenschaft geworden, die überholte Vorstellungen unserer Verfassungsgeber durch zeitnahe Lösungen ersetzen möchte. Die Wissenschaft kann freilich nur Hilfestellung leisten und der Politik keine Entscheidungen abnehmen.

+ + +

Ein Kampfgefährte Rosa Luxemburgs gestorben

S.N. Am 16. März 1953 ist in Frankfurt a.M. Paul Frölich im 69. Lebensjahr gestorben. Am 7. August 1884 wurde er in Leipzig als Sohn einer kinderreichen Arbeiterfamilie geboren. Seit frühester Jugend war Frölich in der Arbeiterbewegung aktiv tätig. Schon vor dem ersten Weltkrieg war er Mitarbeiter an den damals führenden sozialdemokratischen Zeitungen "Leipziger Volkszeitung", "Hamburger Echo" und "Bremer Volkszeitung".

Frölich gehörte zu den Mitbegründern der kommunistischen Bewegung in Deutschland und zählte zu ihren besten Rednern und Schriftstellern. Im Laufe der Jahre ließ ihn sein kritisches Gewissen in immer tiefere Konflikte zu der Führung der KPD kommen, und 1928 trennte er sich endgültig von dieser Partei. Nach einem kurzen Versuch, durch eine Oppositionsgruppierung Einfluß auf die immer stärker entartende KPD zu gewinnen, schloß er sich 1931 der SAP an.

Seit dem ersten Weltkrieg hatte Frölich infolge seiner konsequenten Antikriegshaltung immer wieder Verfolgungen, Verhaftungen und Illegalität zu erdulden. Kurz nach der Machtergreifung durch die Nazis wurde er im März 1933 verhaftet. Nach gelungener Flucht lebte er von 1934 bis 1940 als politischer Emigrant in Frankreich und von 1941 bis 1950 in New York. Nach seiner Rückkehr ließ er sich in Frankfurt nieder.

Neben seiner publizistischen Tätigkeit wirkte Frölich seitdem besonders an Gewerkschaftsschulen und im Rahmen der SPD. Seine formvollendeten Vorträge und Kurse zeichneten sich ebenso durch ein umfassendes und tiefgründiges historisches Wissen wie durch seine leidenschaftliche Ergebenheit für die Sache der Arbeiterbewegung aus. Sein ganzes Leben lang hat er sich in schöpferischer Weise mit dem Studium der Marx'schen Lehre beschäftigt. Eine Frucht dieser Arbeit ist die vor einigen Jahren in Deutschland erschienene kleine Schrift "Zur Krise des Marxismus".

Über seine große Kampfgefährtin Rosa Luxemburg schrieb er ein Buch, das in mehreren Übersetzungen erschien.

κ

Die Trauerfeier für Paul Frölich findet am Sonnabend, dem 21. März 1953, 12.00 Uhr, auf dem Hauptfriedhof, Frankfurt a.M., Eckenheimer Landstraße, statt.

---

Verantwortlich: Peter Raunau